FDP Wehrheim

GESCHLOSSEN GEGEN UNWIRTSCHAFTLICHES PROJEKT

24.02.2026

FDP WEHRHEIM, FRIEDBERG UND ROSBACH SEHEN SICH BESTÄTIGT

Die **FDP-Ortsverbände Friedberg (Hessen), Rosbach vor der Höhe und Wehrheim** sehen sich durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung des Projektentwicklers ABO Energy in ihrer kritischen Bewertung der geplanten Windindustriepark auf dem Winterstein eindeutig bestätigt. Die vom Projektentwickler angekündigte Neuverhandlung der bestehenden Pacht- und Gestattungsverträge zeige, dass die ursprünglich in Aussicht gestellten finanziellen Vorteile für die beteiligten Kommunen auf unsicheren und offenbar nicht tragfähigen Annahmen beruhten. Dies erklären die FDP-Ortsverbände in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Von Beginn an hatten die FDP-Fraktionen in Friedberg, Rosbach und Wehrheim erhebliche Zweifel an der wirtschaftlichen Substanz des Angebots geäußert und deshalb in den jeweiligen kommunalen Parlamenten gegen den Abschluss der Gestattungsverträge mit ABO Energy gestimmt. **Klaus Schumann, Fraktionsvorsitzender der FDP Wehrheim**, erklärt: „Die aktuellen Entwicklungen bestätigen unsere damalige Entscheidung in vollem Umfang. Wir haben früh darauf hingewiesen, dass die wirtschaftlichen Versprechungen des Projektentwicklers nicht belastbar erscheinen. Es ist nicht akzeptabel, dass ein wirtschaftlich zunehmend fragwürdiges Projekt dazu führen soll, dass ein wertvoller Natur- und Erholungsraum wie der Winterstein dauerhaft beeinträchtigt wird. Unsere Verantwortung gilt dem Schutz unserer kommunalen Interessen und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“

Die Freien Demokraten betonen ausdrücklich, dass sie nicht grundsätzlich gegen den Ausbau der Windkraft sind. Voraussetzung für ihre Unterstützung sei jedoch stets eine

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-wehrheim.de/?p=29129

solide wirtschaftliche Grundlage sowie eine transparente und nachvollziehbare Projektkalkulation. Besonders kritisch sehen die Freien Demokraten, dass für ein zunehmend als unwirtschaftlich erkennbares Projekt erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft vorgesehen sind. „Rund 35 Hektar Waldfläche auf dem Winterstein sind betroffen – ein Gebiet, das für alle drei Kommunen eine zentrale Funktion als Naherholungsraum und ökologischer Ausgleichsraum erfüllt“, so Schumann weiter.

Dr. Markus A. Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Ortsvorsitzender der FDP Friedberg (Hessen), erklärt: „Wir stehen für eine technologieoffene und wirtschaftlich vernünftige Energiepolitik. Wenn jedoch bereits vor Baubeginn Verträge neu verhandelt werden müssen, weil die wirtschaftlichen Annahmen nicht haltbar sind, zeigt das, dass unsere damaligen Bedenken berechtigt waren. Es darf nicht sein, dass Kommunen auf Grundlage unrealistischer Erwartungen Entscheidungen treffen, deren finanzielle Risiken am Ende von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen.“

Mit großer Sorge betrachten die drei FDP-Ortsverbände zudem die Tatsache, dass die Verwaltungen der betroffenen Kommunen Friedberg, Rosbach vor der Höhe und Wehrheim die in Aussicht gestellten Einnahmen bereits in ihre mittel- und langfristigen Haushaltsplanungen aufgenommen haben.

„Es ist hoch problematisch, wenn kommunale Haushaltsplanungen auf Einnahmen basieren, deren Realisierung inzwischen mehr als fraglich ist. Die wirtschaftliche Lage von ABO Energy zeigt deutlich, wie wichtig eine realistische und kritische Prüfung solcher Angebote ist. Die Interessen unserer Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger müssen oberste Priorität haben“, so **Hans-Otto Jacobi, Fraktionsvorsitzender der FDP Rosbach vor der Höhe.**

Die aktuelle Berichterstattung des *Handelsblatts* vom 20. Februar 2026 unterstreicht zusätzlich die wirtschaftlichen Risiken des Projektentwicklers ABO Energy und bestätigt einmal mehr die kritische Haltung der FDP-Ortsverbände. Nach Angaben des Fachmagazins soll sich im März entscheiden, ob ABO Energy überhaupt noch eine Zukunft hat. Dann sollen Tausende Gläubiger über weitreichende Änderungen der Bedingungen für Anleihen im Umfang von über 120 Mio. EUR abstimmen.

Hintergrund ist eine dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-wehrheim.de/?p=29129

Unternehmens. Bereits im November 2025 hatte ABO Energy ein Minus von 95 Mio. EUR für das Geschäftsjahr 2025 angekündigt, das Mitte Januar 2026 sogar auf ein Defizit von 170 Mio. EUR nach unten korrigiert werden musste. Parallel dazu brach der Aktienkurs des Unternehmens innerhalb von nur drei Monaten um mehr als 88 Prozent ein. Das *Handelsblatt* zitiert zudem Unternehmenskreise mit der Einschätzung, dass ABO Energy „die Geschwindigkeit und den Umfang der Marktveränderung unterschätzt“ habe.

Im Zentrum der anstehenden Gläubigerentscheidung steht die sogenannte Negativverpflichtung, eine wesentliche Schutzklausel für Anleihegläubiger. Diese Klausel stellt sicher, dass das Unternehmen künftigen Gläubigern – etwa Banken – keine vorrangigen Sicherheiten wie Immobilien oder Patente einräumen darf, ohne den bestehenden Anleihegläubigern denselben Schutz zu gewähren.

Nach Angaben des *Handelsblatts* soll diese Schutzklausel nun ausgesetzt werden. Eine solche Aussetzung würde es ABO Energy ermöglichen, neue Finanzierungen durch die Verpfändung wertvoller Vermögenswerte zu sichern, während bestehende Anleihegläubiger ein erhöhtes Risiko tragen müssten. Die Negativverpflichtung gilt daher als zentrale Absicherung für Investoren, um zu verhindern, dass sie im Falle einer finanziellen Schieflage benachteiligt werden.

Für die Umsetzung der geplanten Änderungen müssen nach Angaben des *Handelsblatts* mindestens 25 Prozent der Anleihegläubiger zustimmen. Zudem ist das Unternehmen verpflichtet, einen tragfähigen Restrukturierungsplan vorzulegen. Der Ausgang dieses Prozesses gilt als entscheidend für die weitere Existenz des Unternehmens.

„Die Wirtschaftlichkeit der Windkraft hat sich deutlich verschlechtert, der Projektentwickler für die Planungen auf dem Winterstein steht am finanziellen Abgrund und die CDU/SPD-Bundesregierung plant, die Subventionierung der erneuerbaren Energien weiter zurückzufahren. Die aktuellen Vorgänge zeigen klar, wie wichtig eine verantwortungsvolle und kritische Prüfung langfristiger Vertragsbindungen mit Projektentwicklern ist, deren wirtschaftliche Stabilität nicht dauerhaft gesichert erscheint“, so **Wehrheims FDP-Ortsvorsitzender Ingmar Rega** abschließend.

Die FDP-Ortsverbände Friedberg (Hessen), Rosbach vor der Höhe und Wehrheim werden weiterhin dafür kämpfen, finanzielle Risiken von ihren Kommunen abzuwenden und das wirtschaftlich offenbar nicht tragfähige Windkraftprojekt der ABO Energy auf dem

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-wehrheim.de/?p=29129

Winterstein, mit dem irreversible Eingriffe in die Natur und Landschaft verbunden wären, zu stoppen.

FDP Wehrheim	***FDP Friedberg (Hessen)***	***FDP Rosbach v.d.H.***
Klaus Schumann	***Dr. Markus A. Schmidt***	***Hans-Otto Jacobi***
Fraktionsvorsitzender	***Stellv. Fraktionsvorsitzender***	***Fraktionsvorsitzender***

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-wehrheim.de/?p=29129